Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen!

Der Jugendrat der Generationenstiftung

Was drin ist für dich: Herausfinden, was gerade schiefläuft und wie wir die Probleme angehen können.

Ob Klimakrise, ein außer Kontrolle geratener Kapitalismus oder die mit aller Macht herandrängende Digitalisierung: Wir stehen vor unzähligen Herausforderungen, während sich das Leben auf dem Planeten Erde für immer zu verschlechtern droht. Doch obwohl uns die Probleme bekannt sind, tun wir viel zu wenig, um sie in Angriff zu nehmen.

In diesen Blinks zeigen wir dir deshalb einige radikal neue Entwürfe unseres Zusammenlebens, die für eine gute Zukunft ohne Alternative sind. Erdacht wurden sie vom Jugendrat der Generationenstiftung. Dieser vereint junge Menschen aus ganz Deutschland, die zwischen 15 und 25 Jahre alt sind. Du erfährst, wie sie die Welt und die vorhandenen Probleme sehen und welche Forderungen sie für ein soziales, gleichberechtigtes und nachhaltig orientiertes Zusammenleben stellen.

In den Blinks wirst du herausfinden,

wie der Kapitalismus unsere seelische Gesundheit ruiniert,
wieso wir das Wahlalter nach unten schrauben sollten und
weshalb soziale Gerechtigkeit die Menschen empathischer macht.

Wir müssen unser Klima retten und einen Ökozid verhindern.

Was den Klimawandel betrifft, sitzen wir in einem Auto, das auf einen Abgrund zurast. Doch anstatt das Offensichtliche zu tun – also das Steuer so schnell wie möglich herumzureißen –, sitzt die Politik die Situation aus.

Wenn Handlungen ausbleiben, hat das jedoch weitreichende Konsequenzen. Vor allem, da eine Klimaerwärmung viele unvorhersehbare Kettenreaktionen nach sich ziehen kann. So sind im Jahr 2019 unerwartet viele der sibirischen Permafrostböden aufgetaut. Dadurch gelangen immense Mengen an Treibhausgasen in die Erdatmosphäre und die globale Erwärmung beschleunigt sich weiter.

Die nächste Folge dieser Kettenreaktionen werden politische Erdbeben sein: Endlos viele neue Konflikte, Kriege und Massenwanderungen stehen uns bevor, wenn mehr und mehr Orte durch höhere Temperaturen und den steigenden Meeresspiegel unbewohnbar werden. Schon 2008 flohen laut Schätzung der Internationalen Organisation für Migration über die Hälfte von weltweit 36 Millionen Menschen allein aufgrund des Klimawandels aus ihrer Heimat.

Wir sind aber durch unseren hohen CO_2-Ausstoß nicht nur an der globalen Klimaerwärmung schuld. Wir verlieren darüber hinaus die Biodiversität, da wir stärker denn je in die Natur

VISIT…

LANZAROTE Caliente.COM

eingreifen und ihr kaum Raum zur Erholung bieten. Etwa ein Viertel aller Tier- und Pflanzenarten ist vom Aussterben bedroht. Wie auch beim Klima kann es zu katastrophalen Kettenreaktionen kommen. Niemand kann wirklich voraussehen, wie genau das Ökosystem auf diese drohenden Leerstellen reagiert. Doch eins ist klar: Es wird nicht gut enden. Wir sind nämlich auf eine möglichst große Biodiversität angewiesen – die Vielfalt der Natur ist Grundlage allen Lebens.

Aus all diesen Gründen müssen wir umgehend handeln, um die totale Klimakatastrophe zu verhindern und den Ökozid so gering wie möglich zu halten. Wir sollten uns jedoch nichts vormachen: Ohne Verbote ist ein solches Unterfangen schon lange nicht mehr umzusetzen. Wir brauchen eine starke Politik, die Regeln aufstellt und Grenzen setzt. Inlandsflüge beispielsweise sollten wir verbieten, da es umweltschonendere Möglichkeiten gibt, kurze Strecken zurückzulegen. SUVs setzen doppelt so viel CO2 frei wie Kompaktwagen – auch diese sollte man verbieten. Generell gesehen brauchen wir eine EU-weite CO2-Abgabe. Um die Biodiversität zu schützen, ist ein Verbot von Pestiziden und Insektiziden unumgänglich. Subventionen für umweltschädliche Unternehmen müssen wir sofort stoppen.

Wir sollten aber noch größer denken: Ganz oben auf der Agenda steht ein zeitnaher Kohleausstieg und damit auch die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Wenn wir eine Erwärmung von mehr als zwei Grad Celsius noch irgendwie verhindern wollen, müssen wir einen deutschen Kohleausstieg bis 2025 anstreben – und einen globalen bis zum Jahr 2030.

Wir brauchen eine Alternative zum Turbokapitalismus.

Der Klimawandel führt uns vor Augen, dass wir so nicht mehr weiter wirtschaften können. Die Ressourcen unserer Erde sind endlich. Wir brauchen ein neues Wirtschaftssystem, das auf Raubbau an der Erde verzichtet.

Der Turbokapitalismus des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts mit seinem Credo „Wachstum um jeden Preis“ hat uns erst in diese missliche Lage gebracht. Um Klima und Ökosystem zu retten, müssen wir uns von ihm verabschieden, was aber auch nicht weiter schlimm ist: Denn Wohlstand für alle konnte er ohnehin nie erzeugen. So hat sich das Bruttoweltprodukt zwischen 1992 und 2002 verdoppelt, doch dieses Wirtschaftswachstum diente vor allem dem obersten Prozent der Menschen, das ohnehin im Überfluss lebt.

Die viel zitierte Schere zwischen Arm und Reich geht durch das ökologische Desaster, das das ständige Wachstum bewirkt, nur noch weiter auseinander. 2016 wurden mehr Menschen zu Milliardären als je zuvor. Im Jahr 2017 besaßen die 42 reichsten Menschen der Erde so viel wie die ärmsten 3,7 Milliarden. Unter dem Deckmantel des Wohlstands für alle gelingt dem globalen Kapitalismus vor allem eins: die Umverteilung des weltweiten Kapitals von unten nach oben.

Genauso fatal ist die Auswirkung der freien Marktwirtschaft auf die psychische Gesundheit der Menschen. Nach einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) belegen Depressionen, Burn-out und ähnliche psychische Erkrankungen heute schon Platz zwei in der Rangliste der weltweit häufigsten Krankheiten. Diese Entwicklung ist kein Zufall, erklären

lässt sie sich durch eine Zunahme von Stress und Leistungsdruck im Arbeitsleben. Mit anderen Worten: Der Kapitalismus macht uns depressiv und lässt uns ausbrennen.

Doch wie können wir ein System schaffen, das ohne ständiges Wachstum, ungerechte Umverteilung und zermürbenden Konkurrenzdruck auskommt? Eine Möglichkeit sind fairere Steuergesetze, die nicht mehr so leicht zu umgehen sind. Ebenso müssen wir die Finanzwirtschaft radikal erneuern, um weniger Geld nach oben zu spülen und Schulden zu generieren, die die Allgemeinheit tragen muss. Eine Finanztransaktionssteuer ist zwar ein erster Schritt, Spekulationen sollte man bestenfalls jedoch ganz verbieten.

Und um Stress und Depressionen vorzubeugen, darf die Existenz des einzelnen Menschen nicht vom wirtschaftlichen Wettbewerb bedroht sein. Daher müssen wir Güter wie Bildung, Gesundheit, Mobilität, Wohnen und den Zugang zu Informationen dem Konkurrenzdenken des Marktes mit seiner freien Preisbildung entziehen. Wer weiß, dass er bei Pech oder Fehlentscheidungen nicht alles verliert, wird auch nicht so leicht krank.

Nur eine sozial gerechte Gesellschaft hat Zukunft.

Woran erkennt man eigentlich eine zivilisierte Gesellschaft? Vermuten würde man doch zumindest: daran, dass sie ihre Ärmsten und Schwächsten gut behandelt. Was sagt aber dann ein System wie Hartz IV über unser Zusammenleben aus?

In unserer Gesellschaft werden Menschen, die sich in finanzieller Not befinden oder arbeitslos sind, als Schmarotzer und Nichtsnutze abgestempelt. Hartz IV lebt von Repression, Angst und Demütigung. Wir brauchen stattdessen ein solidarisches System: eine Grundsicherung, die Anreize schafft und nicht andauernd mit Kürzungen droht. Die Grundsicherung muss dabei so ausfallen, dass sie auch soziale Teilhabe ermöglicht. Zu Letzterer gehört eine Ausbildungsfinanzierung für alle. Denn sozialer Aufstieg scheitert in sehr vielen Fällen schlicht am Geld. Das BAföG zum Beispiel sollte so hoch sein, dass es die Lebenshaltungskosten auch tatsächlich deckt.

Ein Grundpfeiler einer sozial gerechteren Gesellschaft ist eine gute Förderung unserer Kinder. Kinderarmut ist in Deutschland immer noch ein Problem: Laut einer Bertelsmann-Studie aus dem Jahr 2017 ist jedes fünfte Kind entweder dauerhaft oder wiederkehrend Opfer von Armut. Wer so ins Leben startet, hat schlechte Aussichten auf eine gute Bildung und sozialen Aufstieg. Wir müssen daher dafür sorgen, dass Kinder durch eine Kindergrundsicherung finanziell unabhängig leben können. Eine solche Grundsicherung darf dann auch nicht auf andere Leistungen angerechnet werden – wie aktuell das Kindergeld bei Hartz IV.

In einer sozial gerechten Gesellschaft muss Wohnen überdies ein Grundrecht sein. Aktuell sind wir noch weit davon entfernt. In Großstädten ist Wohnraum besonders teuer: In München oder Hamburg zahlen Menschen oft mehr als sechzig Prozent ihres Einkommens für ihre Miete. Die Mieten konnten unter anderem auch deswegen so steigen, da innerstädtische Wohnungen zu Spekulationsobjekten geworden sind. Um zum Wohnen als Grundrecht zurückzukehren, benötigen wir drastische Mittel. So sollte zukünftig niemand –

also weder Privatpersonen noch private Unternehmen – mehr als zwei Wohnobjekte besitzen dürfen.

Viele Menschen halten derartige Forderungen für übertrieben. Sie sind fest davon überzeugt, dass wir bereits von einem starken Sozialstaat profitieren. Tatsächlich leben wir jedoch in einer Klassengesellschaft. Die soziale Herkunft und das Geschlecht spielen weiterhin eine große Rolle, wenn es darum geht, wer zu Wohlstand kommt. Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus. Das Ziel einer gerechten Gesellschaft muss es sein, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, bevor Einzelne Reichtum anhäufen können.

Wir müssen die Arbeitswelt sinnvoll gestalten.

Wenn es um die sogenannte digitale Revolution geht, stehen meist nur die positiven Aspekte im Fokus. Digitalität macht alles schneller, günstiger, ja, insgesamt leichter und besser. Verschwiegen werden dabei jedoch nur allzu oft die Verlierer. Denn wenn Maschinen Aufgabe um Aufgabe übernehmen und Millionen Angestellter ihren Arbeitsplatz verlieren, dann ist der Wohlstand dieser Menschen gefährdet.

Klar ist: Maschinen und künstliche Intelligenz werden zukünftig mehr und mehr Jobs übernehmen. Besonders gleichförmige, einfache Berufe werden von den Umwälzungen betroffen sein. Doch auch komplexere Berufe wie der des Steuerberaters und sogar diverse Ärztegruppen sind gefährdet. Manche große Unternehmen und mitunter ganze Wirtschaftszweige wird es bald nicht mehr geben. Zukunftsforscher der Universität Oxford gehen davon aus, dass in Europa in den kommenden beiden Jahrzehnten rund die Hälfte aller Jobs gefährdet ist.

Für einen derart gewaltigen Umbruch müssen wir schon heute vorsorgen, indem wir Berufe ausbauen, von denen wir wissen, dass sie unersetzlich sind. Ein Krankenpfleger, dessen Empathie so schnell von keiner Maschine emuliert werden kann, verdient heute deutlich weniger als viele Manager, die keinen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Wir können auf Arbeit verzichten, die Menschen ausbeutet, aber auch auf solche, die unterfordernd ist und uns auslaugt: Sie kann ruhig automatisiert werden. Wir sollten die arbeitstechnische Revolution als Möglichkeit begreifen, den gesamten Pflegesektor mit fairen Löhnen und Arbeitszeiten neu zu schaffen. Menschlichkeit und Fürsorge können Maschinen nämlich nicht ersetzen.

Ebenso beunruhigend ist, dass die neuen Arbeitsplätze nicht den Qualitätsstandards in Sachen guter Bezahlung und Sicherheit genügen, die wir anstreben sollten. Anstatt neue, sichere Arbeitsplätze hervorzubringen, entsteht durch die Digitalisierung eine neue Art von Tagelöhnern. In der sogenannten Gig Economy arbeiten Menschen ohne soziale Sicherheiten. Wer krank wird, verdient nichts: Krankenversicherung, Kündigungsfristen, Rentenvorsorge – Fehlanzeige. Diese Wirtschaftsform kann nicht die Zukunft sein!

Doch um die Macht insbesondere der großen Monopolisten unter den Unternehmen einzudämmen, brauchen wir klare Regeln, Verbote und Anreize. Eine Gewinnbeteiligung der

Mitarbeiter am Erfolg ihres Unternehmens, zum Beispiel. Am ehesten könnte dies beispielsweise über Aktienoptionen funktionieren – in Deutschland ist diese Methode jedoch immer noch selten.

Wir müssen allen Menschen eine gute Bildung ermöglichen.

Das neoliberale System vergiftet unsere Welt: Es beutet die Natur aus und prägt unser Denken. Neoliberale Denkweisen durchwuchern unser aller Leben, sie ordnen sämtliche Zweige unserer Gesellschaft mit einer Logik von mehr Effizienz – so auch den Bildungssektor.

Innerhalb der neoliberalen Effizienzlogik ist Bildung kaum mehr als eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Die Investition von öffentlichen Geldern wird in diesem Zusammenhang nicht umsonst als „Investition in Humankapital" bezeichnet. Vergangene Generationen haben zu lange weggesehen, als die Bildung mehr und mehr der Logik einer ökonomischen Effizienz zum Opfer fiel. Frei nach dem Motto: Wer braucht schon Philosophie, wenn er eine „Kernkompetenz" nach der nächsten erlernt. Auch ein ganzes Schuljahr fiel den Reformen zum Opfer.

Das Ideal dieses Bildungssystems ist der Homo oeconomicus. Jemand, der zweckmäßige Entscheidungen treffen kann, stets flexibel ist und seine Zeit nicht mit Dingen verschwendet, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben. Der Homo oeconomicus hat in der Bildung jedoch nichts zu suchen. Bildung sollte bedeuten, Menschen zu mündigen Bürgern zu erziehen und nicht zu effizienten Lohnarbeitern. Eine gute Bildung sollte uns dabei helfen, die Welt, in der wir leben, besser zu verstehen. Sie sollte uns zu kritischen Denkern und kreativen Menschen erziehen, anstatt rücksichtslose Karrieristen heranzuzüchten.

Um das zu erreichen, müssen wir uns für eine Bildungsüberfinanzierung einsetzen. Die dauerhafte Unterfinanzierung der letzten Jahrzehnte hat zu maroden Schulen und einem Mangel geführt. Der Überschuss sollte dann anhand eines Sozialindexes verteilt werden, damit die Bildungsinvestitionen endlich auch dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Indem wir Schüler schon früh voneinander trennen und auf unterschiedliche Schulen schicken, separieren wir sie vor allem anhand ihrer sozialen Schicht. Es muss uns endlich gelingen, das Menschenrecht Bildung Realität werden zu lassen. Deswegen benötigen wir eine Schule für alle, in der Schülerinnen und Schüler bis zum Ende ihrer Schulzeit gemeinsam lernen.

Bildung ist nicht zuletzt eine zentrale Voraussetzung für Demokratie. Nur mündige Bürger sind sich ihrer demokratischen Rechte bewusst und wissen, warum sie die Demokratie verteidigen. Wir brauchen solche Menschen mehr denn je: Denn unsere Demokratie ist in Gefahr.

Wir müssen uns für die Demokratie einsetzen.

Bildung ist der Königsweg, um eine Demokratie zu festigen und zu verteidigen. Doch es gibt auch andere Schritte, die uns vor einem autoritären Europa bewahren.

Antidemokratische Tendenzen in diversen europäischen Staaten sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Hier sind besonders die Medien gefragt: Sie bieten zu oft Menschen mit kruden oder gefährlichen Ideen eine Bühne, deren Überzeugungen so nach und nach wieder salonfähig werden. Eine neutrale Berichterstattung bedeutet nicht, Leugner des Klimawandels oder offen rassistische Politiker in Talkshows einzuladen. Der Klimawandel ist ein wissenschaftlich bewiesener Fakt, und es hat nichts mit Demokratie zu tun, Menschen mit undemokratischen Meinungen über Gebühr Gehör zu verschaffen. Die demokratische Meinungsfreiheit hört dort auf, wo sie die Möglichkeit der Meinungsäußerung anderer beschränkt.

Auch der Lobbyismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie, und zwar immer dann, wenn die Politik ihre Entscheidungen nicht mehr nach bestem Wissen trifft, sondern sich an Unternehmensinteressen orientiert. Laut einer Umfrage von Infratest Dimap denken 82 Prozent aller Deutschen, dass Lobbyisten zu viel Einfluss auf Politiker nehmen. Dieser Skeptizismus allein sollte als Grund genügen, um Lobbyismus zukünftig genauer zu reglementieren. Wir müssen uns deshalb bemühen, lobbyistische Einflussnahme aufzudecken. Dabei helfen uns Instrumente wie der sogenannte legislative Fußabdruck. Durch ihn wird die Einflussnahme von Lobbyisten auf jede Entscheidung nachträglich offengelegt. Ebenfalls hilfreich sind Lobbyregister, die dafür sorgen, dass sich jeder Lobbyist und jede Lobbyistin auch als solche registrieren muss.

Zu guter Letzt gilt es, die Demokratie zukunftsfähig zu halten, indem wir junge Menschen schon früh mit ins Boot holen, anstatt sie systematisch auszuschließen. Das Ganze beginnt schon beim Wahlrecht. Menschen sind nicht erst mit dem 18. Lebensjahr in der Lage, politische Entscheidungen zu treffen – das zeigt nicht zuletzt die Fridays-for-Future-Bewegung, deren Hauptfiguren minderjährig waren. Das heißt natürlich nicht, dass jedes Grundschulkind automatisch wahlberechtigt ist. Wenn wir das Wahlzugangsalter jedoch auf 14 herabsenken würden, könnten wir so nicht nur dem demografischen Wandel etwas vorwegnehmen. Wir würden auch zeigen, dass wir bereit sind, die Jugend ernst zu nehmen. Eine Gesellschaft ist nämlich erst dann demokratisch, wenn sie alle Generationen als gleichwertig begreift.

Wir müssen die globale Ausbeutung stoppen.

Wenn wir wirklich etwas verändern wollen, dürfen wir nicht vor Ländergrenzen Halt machen. In einer globalisierten Welt hängt alles mit allem und jeder mit jedem zusammen. Auch wenn die extreme Armut mancher Dritte-Welt-Länder räumlich weit entfernt ist, hängt sie doch mit politischen Entscheidungen zusammen, die in Deutschland getroffen werden.

Es ist trotzdem ein guter Anfang, das deutsche Bildungssystem zu revolutionieren und jungen Menschen mehr Mitbestimmungsrechte zu gewähren. Eine reformierte Bildungs- und Sozialpolitik ist das Fundament für eine gerechtere globale Politik. Wieso? Ganz einfach: Wenn Menschen in diesem System eine nie zuvor gekannte Gerechtigkeit und Solidarität

erfahren, werden sie diese mit großer Wahrscheinlichkeit auch für Menschen wollen, die in ärmeren Ländern leben.

Aber mit diesem Fundament ist es natürlich nicht getan. Wir brauchen allen voran eine Entwicklungszusammenarbeit, die diese Bezeichnung auch verdient. Ein höherer Entwicklungsetat wäre ein Beginn, denn globale Gerechtigkeit muss uns mehr wert sein! Anstatt wie bisher zwei Prozent des BIP in Rüstung zu stecken, könnten die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – also die OECD-Länder – dieses Geld als Entwicklungshilfe bereithalten. Bisher liegt das Ziel des Entwicklungsetats bei schmalen 0,7 Prozent.

In vielen Fällen nehmen Staaten aus der Not heraus hohe Kredite auf. Wenn sie dann verschuldet sind, leiden vor allem die Ärmsten. Gespart wird am Gesundheitsbudget und im Bildungssektor. Wir brauchen daher ein klar geregeltes Insolvenzverfahren bei verschuldeten Staaten und darüber hinaus eine Entschuldung von besonders armen Staaten.

Entscheidend wäre auch eine bessere Sorgfaltspflicht für Unternehmen. Es darf nicht länger sein, dass amerikanische oder europäische Unternehmen im globalen Süden machen können, was sie wollen – Menschen vertreiben und die Natur zerstören beispielsweise. Wir dürfen nicht länger auf eine wie auch immer geartete Selbstkontrolle der Großkonzerne vertrauen, sondern brauchen genaue und strenge Gesetze, die es ermöglichen, Unternehmen für Verletzungen der Menschenrechte zur Rechenschaft zu ziehen. Lieferketten müssen außerdem per Gesetz offenliegen. Nur so können wir sichergehen, dass auch Zulieferer fair handeln.

Wir müssen alles tun, um Kriege zu verhindern.

Viele von uns hatten das Glück, im Nachkriegseuropa aufwachsen zu dürfen und selbst nie Krieg erleben zu müssen. Das heißt jedoch nicht, dass uns dieses Thema nicht tangiert. Frieden ist ein fragiles Konstrukt, das wird mit Blick auf die Lage unseres Planeten jeden Tag deutlich.

Besonders dann, wenn es um die Bedrohung durch Atomangriffe geht. Wir befinden uns zwar in keinem kalten Krieg, doch die Gefahr, dass nur eine einzige irrationale Handlung einen Krieg auslösen kann, ist da. Die Entwicklung geht in die falsche Richtung. Anstatt abzurüsten, stieg in den 2010er-Jahren die Zahl der einsatzbereiten Atomsprengköpfe.

Es darf nicht sein, dass es uns dreißig Jahre nach Ende des Kalten Kriegs noch immer nicht gelungen ist, Atomwaffen zu verbieten. Die deutsche Politik sollte daher den ersten Schritt machen und den globalen Atomwaffenverbotsvertrag unterschreiben. Im Jahr 2019 ist dies unter anderem deshalb noch nicht geschehen, weil die USA Atombomben im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel deponiert haben. Mit einem Verbotsvertrag wäre Deutschland verpflichtet, diese zu entsorgen. Und genau das sollte die Bundesrepublik auch tun: Mit ihrer Vorbildfunktion weitere Staaten dazu bringen, den Atomwaffenverbotsvertrag anzuerkennen. Sobald fünfzig Ratifizierungen erreicht sind, tritt der Vertrag in Kraft.

Natürlich sind nicht nur potenzielle Atomkriege ein Problem. Weltweit gibt es Auseinandersetzungen um Rohstoffe, es toben Bürgerkriege, die zahllose Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Im Jahr 2019 befanden sich weltweit über siebzig Millionen Menschen auf der Flucht.

Kriege brauchen Waffen. Weltweit ist die Bundesrepublik immer noch der viertgrößte Exporteur von Gewehren, Panzern und anderer militärischer Ausrüstung. Waffenlieferungen gehen dabei auch an autoritäre Regime. Beim Bürgerkrieg, der seit 2015 im Jemen tobt, kämpfen zum Beispiel alle Seiten mit Waffen aus Deutschland. Sämtliche Parteien beteiligen sich – ob direkt oder indirekt – an solchen schmutzigen Geschäften, indem sie aktiv den Weg für Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall freimachen oder aus Gründen der Koalitionsdisziplin wegschauen. Besonders bitter: Wird das Rüstungsunternehmen vom Empfängerstaat nicht bezahlt, springt der deutsche Staat ein.

Das muss ein Ende haben. Wir brauchen dringend schärfere Gesetze gegen Korruption und den Lobbyismus der Rüstungsindustrie. Und Regime, die die Menschenrechte missachten, dürfen überhaupt nicht mehr beliefert werden.

Wir müssen die digitale Dystopie verhindern.

Wenn wir in die Zukunft schauen, wird neben all den bereits genannten Herausforderungen die Digitalisierung eine besondere Aufgabe sein.

Schon heute sammeln Algorithmen unsere Daten und manipulieren uns. Im harmlosesten Fall führt das Datensammeln dazu, dass Firmen besser darüber Bescheid wissen, welche Konsumentscheidungen wir zukünftig treffen. Im schlimmsten Fall können Unternehmen wie zum Beispiel Facebook anhand von gesammelten Daten Persönlichkeitsprofile erstellen. Schon mit 300 Likes kann Facebook Entscheidungen einer Nutzerin besser voraussagen als ihr Partner oder ihre Partnerin. Wenn wir uns nicht bereits heute um Gesetze zum Schutz unserer Privatsphäre bemühen, werden wir immer mehr zu gläsernen Menschen. Mit dem Internet der Dinge wird das Datensammeln weiter zunehmen. Mit ständig mithörenden Geräten wie Amazons Alexa lassen wir uns sozusagen freiwillig belauschen.

Am Ende dieser Entwicklung warten Programme wie die chinesische Idee eines Social-Scoring-Systems. Der Staat bewertet hier jede einzelne private Entscheidung seiner Bürger: Wer gesund isst, regelmäßig mit Freunden kommuniziert und sein Geld gut anlegt, bekommt Pluspunkte; wer Zigaretten kauft und zu lange vor seiner Playstation sitzt, bekommt dafür Punktabzüge. Die Punkte wiederum bestimmen darüber, welche Privilegien Bürger und Bürgerinnen genießen dürfen. Wer zu wenig Punkte auf seinem sozialen Konto hat, darf möglicherweise keine längere Flugreise tätigen oder bekommt deswegen keinen Kredit. Die Digitalisierung macht es möglich.

Was können wir tun, um eine solche digitale Überwachungsdystopie zu verhindern? Nun, wir können beispielsweise ein Gesetz nach dem Motto Privacy by Design erlassen. Dann sind die Programme so auszugestalten, dass sie Daten in möglichst geringem Umfang sammeln.

Außerdem müssen wir es Staat und Unternehmen auch gesetzlich erschweren, personenbezogene Daten zusammenzuführen.

Wichtig wird schließlich sein, bei der Entwicklung von künstlichen Intelligenzen ganz genau hinzusehen. Nicht einige wenige Tech-Unternehmen, sondern wir als Gesellschaft müssen entscheiden können, wo und in welchem Maße selbstlernende Algorithmen eingesetzt werden. Wenn diese zum Einsatz kommen, muss klar sein, nach welchem Prinzip sie funktionieren: also mit welchen Datensets sie gefüttert und wie sie trainiert werden.

Zusammenfassung

Die Kernaussage dieser Blinks ist:

In diesen Blinks haben wir dir gezeigt, dass wir unser Handeln auf radikale Weise korrigieren müssen, wenn wir unseren Planeten retten wollen. Wir brauchen dafür klare Regeln und auch Verbote – beispielsweise, wenn es um den Klimaschutz geht. Wir müssen uns außerdem für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen: Hartz IV gehört abgeschafft – ebenso wie ein Schulsystem, das die soziale Spaltung fördert statt eindämmt. Nicht zuletzt müssen wir unser Wirtschaftssystem grundlegend verändern und auch im globalen Kontext Verantwortung übernehmen.